

these eines Primats der organisationsgebundenen Zweckrationalität vor universalistischer Wertrationalität die spezifischen Qualitäten und Defizite Eberts künftig beiderseits weniger ideologiebefrachtet diskutierbar sein.

Detlef Lehnert, Berlin

Franz Walter, *Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus*. Mit einem Nachwort von Peter Lösche, Verlag Europäische Perspektiven, Berlin 1986, 280 S., geb., 34 DM.

Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. *Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie* (= Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie, Bd. 3), K. G. Saur Verlag, München etc. 1990, XVII + 634 S., Ln., 68 DM.

Alfred Hermann, *Die Geschichte der pfälzischen USPD*, Verlag Pfälzische Post, Neustadt/Weinstr. 1989, 415 S., kart., 32,80 DM.

Die Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung ist seit den 70er Jahren zunehmend von sozialgeschichtlichen Forschungsansätzen beeinflusst worden. Ein umfassender Paradigmenwechsel indessen hat sich damit keineswegs vollzogen. Dies belegt der ungebrochene Strom theorie- und organisationsgeschichtlicher wie auch biographischer Arbeiten eher konventionellen Zuschnitts. Der Untertitel von Franz Walters Studie über den Weimarer Jungsozialismus signalisiert allerdings, daß der Autor sich darin – im Gegensatz zu früheren Arbeiten¹ – stärker der Frage nach den gesellschaftlichen und milieuspezifischen Voraussetzungen als nach den praktisch-politischen Konsequenzen theoretischer Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie zuwenden werde. Um »einen gelungenen Versuch integraler Geschichtsschreibung« jedoch, »bei dem die Geschichte einer Organisation mit Milieu- und Lebenslagenhistorie ihrer Mitglieder sowie Theoriegeschichte mit Hilfe bestimmter analytischer Kategorien systematisch (und eben nicht additiv-eklektisch) verbunden worden ist«, wie sein Mentor Peter Lösche das Werk in einem Nachwort feiert (S. 247), handelt es sich nicht. Darüber vermag auch Walters Versuch nicht hinwegzutäuschen, seinen Ansatz mentalitätsgeschichtlich zu akzentuieren. Vielmehr hat er eine gut lesbare, wenngleich bisweilen allzu prätentios formulierte Geschichte jener theoretischen Auseinandersetzungen geschrieben, welche sich die Mitglieder und Fraktionen einer Organisation geliefert haben, die Zeit ihres Bestehens nur eine verschwindende Minderheit selbst der sozialdemokratischen Jugend erreicht hat. Und als solche ist und bleibt das Buch sicherlich eine lohnende Lektüre. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich Walter mangels archivalischer Quellen der Mühsal unterzogen hat, Zeitungen und andere gedruckte Materialien akribisch auszuwerten, und weil es ihm darüber hinaus gelungen ist, immerhin noch ein halbes Hundert Zeitzeugen zu befragen. Im übrigen bleibt fairerweise anzumerken, daß Walter mittlerweile eine Reihe von Publikationen vorgelegt hat, die dem oben zitierten Anspruch bedeutend näher kommen als seine nun schon ein wenig bejahrte Göttinger Dissertation.²

1 Gerd Storm/Franz Walter, *Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus?* Mit einem Nachwort von Detlef Lehnert, Berlin 1984.

2 So etwa die drei bislang erschienenen Bände der von Peter Lösche herausgegebenen Reihe »Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik« (Bonn 1990–1992). Mit Blick auf den Erscheinungstermin der hier angezeigten Studie legt der Rezensent Wert auf den Hinweis, daß ihm der Titel erst vor einiger Zeit zur nachträglichen Anzeige überantwortet worden ist.

Die Frage, ob gerade biographische Studien zu den dringlicheren Desiderata der Arbeiterbewegungsgeschichte gehören, soll hier nicht diskutiert werden. Diethart Hennig jedenfalls beantwortet sie für seinen Teil positiv – unter der Voraussetzung allerdings, daß der Biograph imstande sei, »die Geschichte der politischen Persönlichkeit mit der Geschichte der sozialen Gruppen und der politischen Institutionen, in denen die Persönlichkeit agiert, von denen sie beeinflusst, gesteuert wird und auf die sie Einfluß nehmen will und kann, sinnvoll zu verbinden.« (S. 3) Und im übrigen böten revolutionäre Krisensituationen in ihrer vergleichsweisen Offenheit dem handelnden Individuum größere Handlungsspielräume, als dies in politisch weniger bewegten Zeiten der Fall sei. Hennig konzentriert seine Darstellung denn auch zeitlich auf jene Phase im politischen Wirken von Johannes Hoffmann, welche das Bild des pfälzisch-bayerischen Sozialdemokraten bis heute nachhaltig prägt: Die revolutionären und nachrevolutionären Anfänge der bayerischen Republik, als deren erster Ministerpräsident Hoffmann 1919/20 eine höchst umstrittene Rolle gespielt hat. Zunächst jedoch lenkt er den Blick auf die Jugend und die frühen Jahre des einstmaligen Volksschullehrers. Inwieweit war dessen persönlicher Werdegang typisch für jene Generation sozialdemokratischer Politiker des späten Kaiserreichs, die sich 1918/19 der revolutionären Herausforderung gegenüberstehen? Lagen ihre und seine (Fehl-)Entscheidungen womöglich in ihrer Biographie begründet?

Herkunft und beruflicher Werdegang Hoffmanns zumindest prädestinierten ihn nicht zum Exponenten der politischen Arbeiterbewegung. Geboren 1867 im klein(st)bäuerlich-proletaroiden, protestantisch-liberalen Milieu der bayerischen Südpfalz, absolvierte der früh gescheiterte Oberschüler die rigide, stark kirchlich beeinflusste Ausbildung zum Volksschullehrer. Das anvisierte Universitätsstudium blieb ihm verwehrt; ebenso – nach dem mit bitterer Enttäuschung quittierten Verdikt der Musterungsbehörde – ein weiteres Attribut des wilhelminischen Bürgertums: der begehrte Status des Reserveoffiziers. Antiaristokratismus, Antiklerikalismus und latenter Antimilitarismus waren die Hinterlassenschaften dieser frühen Lebensperioden. Hinzu kam einerseits ein ausgeprägter Hang zur asketisch-autoritären Lebensführung – durch das Elend der Kindheitsjahre und die kärglichen Lehrerbezüge erzwungen, doch wohl zusehends bis zur tyrannisch-skurilen Attitüde verinnerlicht – und andererseits ein ausgeprägter Aufstiegsdrang. Den letzteren vermochte das Dasein des Volksschullehrers offenbar von Beginn an nicht zu befriedigen. Jedenfalls begann sich Hoffmann, nunmehr in der nationalliberal geprägten Provinzmetropole Kaiserslautern angestellt, neben seiner Mitarbeit im Lehrerverband schon frühzeitig politisch zu engagieren. Zunächst nationalliberal orientiert, wandte er sich bald den Demokraten zu. 1899 rückte er über deren Liste in den Stadtrat ein, wo er rasch in Kontakt mit reformorientierten Vertretern der SPD kam. Dies und die berufsbedingte, durch eigene Kindheitseindrücke unterlegte Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und Not entfremdeten ihn binnen weniger Jahre auch dem Linksliberalismus.

1905 begann Hoffmanns ehrenamtliche Mitarbeit im örtlichen Arbeitersekretariat der Gewerkschaften, und bereits im folgenden Jahr erschienen – unter Pseudonym – seine ersten Artikel im regionalen SPD-Organ, der »Pfälzer Post«. Diese Aktivitäten waren, wie Hennig überzeugend darlegt, Ausdruck einer sozialistischen Umorientierung, die – idealistisch-ethisch fundiert – von Beginn an auf eine Praxis der kleinen Schritte ausgerichtet war. Ebenso waren sie aber Teil der Anstrengungen Hoffmanns, der Enge und Perspektivlosigkeit seiner beruflichen Existenz zu entrinnen. Seit längerem schon hatte er die schmerzlich empfundenen Unzulänglichkeiten seiner Lehrerausbildung durch autodidaktische Studien zu kompensieren versucht, und 1903/1904 schließlich ließ er sich gar ohne Bezüge beurlauben, um an der Frankfurter »Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften« Kurse zu belegen. Diese mühsam erworbenen Zusatzqualifikationen verschafften ihm eine nebenamtliche Tätigkeit an der städtischen Fortbildungsschule, doch viel höher hinaus konnte dieser Weg nicht führen. Auch unter diesem Aspekt war es folgerichtig,

daß der durch Herkunft und herrschende Verhältnisse in seinem Aufstiegsstreben gehemmte Volksschullehrer nun im alternativen Milieu der Arbeiterbewegung nach Selbstbestätigung zu suchen begann.

Hoffmanns Weg zur Sozialdemokratie bestätigt mithin eine Erkenntnis, die auch Wolfgang Wetters Noske-Biographie (1987) vermittelt: Unter den Bedingungen der Klassengesellschaft des Kaiserreichs stellte die Sozialdemokratie einen der wenigen Aufstiegskanäle für ambitionierte Persönlichkeiten kleinbürgerlicher Provenienz dar, die ihre politische Heimat unter weniger restriktiven Bedingungen wahrscheinlich weiter rechts im Parteienspektrum gefunden hätten. Deren frühere Sozialisationserfahrungen indessen prägten ihr Denken und Handeln nach wie vor – und zwar besonders auch dann, wenn sie in Krisensituationen fest internalisierte Wertorientierungen wie »Ordnung« oder »Nation« durch Teile der Arbeiterschaft radikal in Frage gestellt sahen.

Nach seinem Einzug in den bayerischen Landtag 1908 profilierte sich Hoffmann alsbald als Verfechter des süddeutschen Reformismus. Schwerpunkte seines parlamentarischen Engagements waren bezeichnenderweise die soziale Öffnung des Bildungswesens und die Belange der kleinbäuerlichen Schichten. In diesem Kurs sah er sich 1912 durch seinen Wahlsieg in einem linksliberal-kleinbäuerlich geprägten Reichstagswahlkreis der Pfalz bestätigt. Innerhalb der Reichstagsfraktion war Hoffmann dann einer der ersten, welche die kaiserliche Regierung während der Juli-Krise 1914 ihrer nationalen Loyalität versicherten; andererseits ließ der ihm eigene Rigorismus ihn später auch nicht mit Kritik an der deutschen Kriegszielpolitik sparen, und seit dem Sommer 1917 verweigerte er den Kreditvorlagen der Regierung offen seine Zustimmung. Der USPD schloß er sich gleichwohl nicht an. Persönliches Sicherheitsstreben und tiefsitzende Disziplinvorstellungen, so interpretiert Hennig diese Zurückhaltung, ließen Hoffmann an der Einheit seiner Partei festhalten, die er nicht zuletzt als antirevolutionären Faktor begriff.

Anders als in der Reichstagsfraktion gewann Hoffmann gegen Ende des Krieges steigenden Einfluß innerhalb der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag; auch auf Seiten der bürgerlichen Parteien genoß er als prononcierter Vertreter einer Politik der Revolutionsvermeidung wachsendes Ansehen; und zugleich setzte er sich dafür ein, nicht sämtliche Brücken zur radikalen Linken abzureißen. So war es kein Zufall, daß ausgerechnet er im März 1919 als Kompromißkandidat von Mehrheitssozialdemokraten und Bürgerlichen zum Ministerpräsidenten gekürt wurde, um die revolutionäre Situation zu entschärfen. Gestützt auf den erstmals zugänglichen Nachlaß, zeichnet Hennig in allen Details die Versuche Hoffmanns nach, im Zeichen des faktischen Ausnahmezustands einen linksradikalen Coup zu verhindern und die parlamentarischen Institutionen zu stabilisieren. Bei aller Anerkennung der Zielsetzungen und der persönlichen Lauterkeit Hoffmanns spart er dabei nicht mit Kritik an dem polarisierenden Kurs, den der sozialdemokratische Regierungschef nun einschlug. Die fatale Ereigniskette Räterepublik – Gegenrevolution – Machtübernahme rechtskonservativer Kräfte im Gefolge des Kapp-Lüttwitz-Putsches führt er nicht allein, aber doch auch auf die Unfähigkeit Hoffmanns zurück, die gemäßigte Linke durch Zugeständnisse in ihr wichtigen Fragen (z. B. Status der Räte, Sozialisierung) zu integrieren und für seine Politik in der Öffentlichkeit offensiv einzutreten. Statt dessen steuerte er starr einen etatistisch-gouvernementalen Kurs, der letzten Endes Wasser auf die Mühlen jener konservativ-reaktionären Kräfte leitete, denen er im Herbst 1923 mit einem taktisch völlig mißlungenen Abtrennungscoup zumindest »seine« Pfalz vergeblich wieder zu entreißen trachtete.

Hennigs faktenreiche, streckenweise allzu breit angelegte und nicht immer stilsichere Analyse der Jahre 1919/20 und 1923 nährt die überlieferten Zweifel an den praktisch-politischen Fähigkeiten des Johannes Hoffmann. Andererseits wird aber auch deutlich, daß jene linksintellektuellen Zeitgenossen und späteren Interpreten der bayerischen Revolutionsmonate, die ihn in eine Reihe mit Noske gestellt haben, der Persönlichkeit und dem

Handeln dieses Pfälzer Rigoristen keineswegs gerecht geworden sind. Die grundsätzliche Skepsis des Rezensenten gegenüber dem (einzel-)biographischen Zugang zur modernen Arbeiterbewegungsgeschichte ist durch die Lektüre gleichwohl nicht ausgeräumt worden. So zeichnet Hennig manchen Ereignisablauf nochmals in extenso nach, der durch die bisherige Literatur bereits hinreichend erhellt ist. Und ausgerechnet bei der Analyse einer historischen Phase, die bekanntermaßen stark durch sogenannte »Massenbewegungen« geprägt worden ist, werden kaum einmal sozialgeschichtliche Bezüge hergestellt: Warum liefen welche Teile ihrer sozialen »Basis« den Mehrheitssozialdemokraten während des Krieges und der Revolution davon, wie nahm Hoffmann diesen Prozeß wahr, und welche praktischen Konsequenzen zog er daraus? Solche Fragen erörtert Hennig nicht in hinreichendem Maße, obwohl sie doch von entscheidender Bedeutung für seine Ausgangsthesen wären. Dessenungeachtet – mit seiner eindrucksvollen Forschungsleistung leistet Hennig einen wichtigen Beitrag zur »Historisierung« der nach wie vor umstrittenen Rolle, welche die Sozialdemokratie in der Deutschen Revolution gespielt hat.

Die Folgen seiner polarisierenden Politik bekam Hoffmann auch in der heimatlichen Pfalz zu spüren. Nach seinem Scheitern in München präsentierte ihn die SPD bei den Kommunalwahlen Mitte 1920 als Oberbürgermeister-Kandidaten in der Industriemetropole Ludwigshafen. Die dortige USPD nahm diese Nominierung als Provokation, und ihr Aufruf zum Wahlboykott verhalf dem bürgerlichen Konkurrenten zum Sieg. Wieder einmal hatte die Spaltung der Arbeiterbewegung wichtiges Terrain gekostet. Alfred Hermann zeichnet deren Geschichte in seiner Mannheimer Dissertation am Beispiel der USPD in der Pfalz nach. Ein Vorhaben, das durch die Quellenlage nicht eben begünstigt worden ist. Archivalische Überlieferungen sind weder für die USPD noch für die SPD der bayerischen Exklave in nennenswertem Umfang vorhanden, und auch in den deutschen Verwaltungsakten ist er nur selten fündig geworden. So stützt sich die Arbeit im wesentlichen auf die Durchsicht der Regionalpresse und anderer gedruckter Materialien sowie auf die Akten der französischen Besatzungsmacht.

Unter der Überschrift »Problemstellung« referiert Hermann eingangs die unterschiedlichen Einschätzungen der USPD in der bisherigen Literatur; er verzichtet allerdings darauf, im Anschluß daran eine eigene Fragestellung zu entwickeln, aus der hervorginge, welchen spezifischen Beitrag seine regionale Fallstudie zum vertieften Verständnis der Rolle jenes flüchtigen Phänomens innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und Parteienlandschaft leisten soll und kann. Statt dessen macht er den Leser zunächst mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Eigenheiten seines Untersuchungsfeldes vertraut, um dann Entstehung, Entwicklung und Niedergang der USPD in der Pfalz in fünf Kapiteln chronologisch abzuhandeln. Mit Rücksicht auf die disparate Quellenlage und aus forschungspragmatischen Gründen konzentriert sich Hermann dabei auf die organisatorische Entwicklung; sowohl die kommunalpolitische als auch die betriebliche und gewerkschaftliche Ebene bleiben ausgespart. Insbesondere letzteres stellt ein schwerwiegendes Manko dar, denn wo sonst ließe sich Hermanns Abschlußthese empirisch befriedigend überprüfen, daß die USPD nicht bloß ein temporäres Produkt des Krieges und der Krise des sozialdemokratischen Zentrismus gewesen sei, sondern die originäre Parteibildung einer »neue[n], radikale[n] Arbeitergeneration«, deren Chance, sich »als linke, selbständige Arbeiterpartei« zu etablieren, zuvörderst durch eine externe Intervention – nämlich die ihr von der Komintern zur Unzeit aufgezwungene Anschlußdebatte – zerstört worden sei. (S. 322 f.) Ersatzweise analysiert Hermann fragmentarische Mitgliederlisten und Verzeichnisse der USPD-Kandidaten zu den Kommunalwahlen im April 1920 unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten. Sein Befund deckt sich mit dem, was bislang bereits über die Rekrutierungsbasis der USPD bekannt war: Die Partei wies – auch im Vergleich zur SPD – einen hohen Arbeiteranteil auf. In dieser Gruppe dominierten An- und Ungelernte, doch waren (vor allem unter den Funktionären) auch bestimmte Facharbeiter (vornehm-

lich aus metallverarbeitenden Berufen) stark vertreten, denen die Dequalifikation drohte.

Diese Feststellungen sind schwerlich geeignet, Hermanns These nachhaltig zu stützen, die USPD sei mehr gewesen als eine zeitgebundene Mischung aus Anti-Kriegsbewegung und »proletarischer Protestpartei« (H. A. Winkler) gegen die sozialen Konsequenzen des verlorenen Waffengangs. Und weder der Hinweis auf den von ihm detailliert geschilderten Aufschwung der Parteiorganisation *nach* der Revolution, der auch in der Pfalz offenkundig bereits *vor* der Spaltung seinen Zenit überschritten hatte, noch auf das Vorhandensein einiger fähiger Funktionäre, die später zumeist in der SPD reüssierten, vermag an diesem Urteil Substantielles zu ändern. Zwar bietet die jüngste deutsche Parteiengeschichte ein Beispiel dafür, daß die Metamorphose einer heterogenen Protestbewegung zur dauerhaften Parteiorganisation – mit viel Aufwand an Schmerzen und Zeit – gelingen kann, wenn die Umstände günstig sind. Doch allzu wenig spricht dafür, daß die USPD jemals während ihrer kurzen Geschichte auf dem Weg in diese Richtung gewesen wäre. Zu spezifisch waren die Ursachen ihres Aufstiegs: der Krieg und die durch ihn ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Turbulenzen bis zum Ende der Inflationsperiode; zu einseitig beschränkten sich Programm und erst recht Politik der Parteimehrheit auf die Negation der »nationalen Einheitsfront« während des Krieges und der Separatistenkämpfe, der parlamentarisch-gouvernementalen Koalitionspolitik der MSPD wie des revolutionären Putschismus der Kommunisten, des Sozialpartnerschaftskurses der freigewerkschaftlichen Führung wie des Syndikalismus der Arbeiterunionen. Wenn es ihn denn je gegeben haben sollte, jenen vielbeschworenen »Dritten Weg« zwischen dem sozialdemokratischen Etatismus eines Johannes Hoffmann und der bolschewistischen Revolution à la KPD – die USPD repräsentierte ihn offenkundig nicht³, weder in der Pfalz noch anderswo. *Michael Ruck, Mannheim*

Dagmar Kift, Arbeiterkultur im gesellschaftlichen Konflikt. Die englische Music Hall im 19. Jahrhundert (= Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2, Bd. 7), Klartext Verlag, Essen 1991, 240 S., kart., 38 DM.

Um es gleich vorwegzunehmen: das kleine, bebilderte, unscheinbar daher kommende Buch über die englische Music Hall ist eine vorzügliche Studie, die Beachtung verdient. Das betrifft Inhalt, Ansatz und Ergebnisse. Zum Inhalt: Nach einer forschungsgeschichtlichen und methodischen Einleitung behandelt Kapitel 2 Geschichte, Programm und Publikum der Music Hall von ihrer Entstehung in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu ihrem Höhepunkt an seinem Ende. Kapitel 3 rekonstruiert und analysiert die Auseinandersetzungen um diese kommerzielle Unterhaltungsindustrie für die Arbeiterschaft an typischen lokalen Beispielen. In chronologischen Abschnitten untersucht die Autorin die jeweils im Vordergrund stehenden Konfliktfelder: Konkurrenzkämpfe im Freizeitbereich, Alkoholfrage, Programminhalte und Prostitution. Eine einordnende Zusammenfassung schließt den Band ab. Im Unterschied zur älteren, überwiegend anekdotischen Literatur steht in der gesamten Abhandlung die Londoner Szene nicht im Vordergrund, sondern wird die Kultur in den Industriegebieten Lancashires und Yorkshires, wo sich die Music Halls am stärksten entwickelten, schwerpunktmäßig erforscht und in ihrer Andersartigkeit und Eigenart erklärt. Die Provinz erfährt hier gegenüber der Metropole zu Recht eine Aufwertung. Anders

3 Zu dem gleichen Urteil gelangen im übrigen *Storm* und *Walter* (Anm. 1) mit Blick auf die sozialistische Linke der späteren Weimarer Jahre; sie verstehen ihren Versuch insoweit auch »als vorsichtige Rehabilitierung des »rechten Zentrismus« in der Sozialdemokratie. (S. 6)